

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Witkowsky 16.)
bei C. G. Ulrich & Co.
Dresdenerstr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler
in Grätz bei F. Sirelsand
in Breslau b. Emil Kahlth.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 533.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 2. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

Subskription 20 Pf. die gefaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien, bei G. L. Danne & Co.
Hanselstein & Vogler, Rudolph Meise.
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidenthau.“

Amtliches.

Berlin, 1. August. Der König hat die Reg.-Räthe Schulze in Potsdam und Rathjen in Altona zu Ober-Reg.-Räthen, sowie den Staatswaltschaftsgehilfen Brunner in Bartenstein zum Landrathe des Kreises Köslin ernannt.

Der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Johann Neuhaus zu Conitz ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Strassburg in Westpreußen und beim Gymnasium in Conitz der ord. Lehrer Anton Lutsch zu Conitz zum Oberlehrer befördert, der ord. Seminarlehrer Martin zu Domburg ist als erster Lehrer an das evang. Schüler-Seminar zu Bunzlau berufen, bei dem kath. Schüler-Seminar zu Ziegenhals der Lehrer Kar aus Reiffe als Hilfslehrer angestellt, der prakt. Arzt Dr. med. Johann Heinrich Ferdinand Emil Krueger zu Stettin zum Kreisphysikus des Kreises Greifenhagen ernannt worden.

Der bish. Bergverwalter, Bergmeister Tagelischke zu Witten, ist zum Direktor des fiskalischen Steinkohlenbergwerks Heinitz im Bez. der Bergwerks-Direktion zu Saarbrücken ernannt, der Bergverwalter, Bergmeister von Brunn zu Cottbus, in gleicher Eigenschaft nach Witten versetzt, der Berg-M. Heinrich Koch unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergverwalter ernannt und ihm die Verwaltung des Reviers Cottbus im Ober-Bergamtsbezirk Halle übertragen worden.

Gesetz.

betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeinschaftlichen Zustände, vom 22. Juli 1876.

(Aus dem „Staats-Anz.“)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. v. ordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Aus den Geldmitteln, welche auf Grund der Bestimmung in den Artikeln VI. und VII. des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872 (Reichs-Gesetzbl. 289), betreffend die französischen Kriegskostenentschädigung, der preussischen Staatskasse zufließen, wird der Staatsregierung die Summe von sechs Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um

1) der Stadtgemeinde Caub für die Arbeiten, welche behufs Abwendung eines weiteren Bergsturzes erforderlich sein werden, einen Kostenzuschuss aus der Staatskasse zu gewähren,

2) an die in verschiedenen Stromgebieten des preussischen Staates durch die Frühjahrshochfluthen des Jahres 1876, sowie die durch den Bergsturz zu Caub Beschädigten nach Maßgabe des nachgewiesenen Bedürfnisses Beihilfen zu bewilligen, und zwar: a. an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Haus- und Nahrungsstande; b. an Gemeinden zur Wiederherstellung ihrer beschädigten gemeinnützigen Anlagen; c. zur Wiederherstellung und zu notwendigen Verbesserungen der beschädigten Dämme und Uferschutzwerke und der damit in Verbindung stehenden Anlagen;

3) die durch die Hochfluthen (Nr. 2) beschädigten fiskalischen Bauanlagen wieder herzustellen und bei der fiskalischen Saline zu Schönebeck Wohnungen für Salinarbeiter, welche durch die Ueberschwemmung obdachlos geworden sind, zu errichten.

§ 2. Der Höchstbetrag der an die Stadt Caub zu gewährenden Beihilfe (§ 1 Nr. 1) wird auf 485,000 M. festgestellt; die Modalitäten der Bewilligung bestimmt die Staatsregierung. — Die Beihilfen an einzelne Personen und Gemeinden (§ 1 Nr. 2a. und b.) können bis zum Gesamtbetrage von 1,000,000 M. ohne die Auflage der Rückgewähr, darüber hinaus nur als Darlehen bewilligt werden. Die Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen dieser Darlehen werden von der Staatsregierung bestimmt; doch sind die Darlehen an Gemeinden mit mindestens 3 Prozent zu verzinsen und jedenfalls innerhalb zehn Jahren zurückzahlen. Die Beihilfen zu den in § 1 Nr. 2c. bezeichneten Zwecken sind in der Regel als Darlehen zu gewähren, für welche die Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen von der Staatsregierung festgestellt werden; doch ist letztere ermächtigt, die Mittel im Falle des Bedürfnisses auch ohne die Auflage der Rückgewähr zweckentsprechend zu verwenden.

§ 3. Die nach § 2 jährlich zurückzunehmenden Beträge sind in den Staatshaushalts-Etat des betreffenden Jahres aufzunehmen.

§ 4. Die Bewilligung und Verwendung der Beihilfen zu den in § 1 Nr. 2a. und b. angegebenen Zwecken erfolgt unter Mitwirkung von Kreis- und Provinzialkommissionen. Die Kreiscommissionen werden in denjenigen Kreisen, in welchen auf Grund der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. S. 661) ein Kreisausschuss besteht, durch diesen gebildet, sonst aber von der Vertretung jedes Kreises besonders gewählt. Als Provinzialkommission fungirt im Geltungsbereich der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 335) der Provinzialausschuss, in den übrigen Provinzen der Provinzialständische Verwaltungsausschuss. Die Kreis- und Provinzialkommissionen sind befugt, sich durch Kooptation zu verstärken. In den Kreiscommissionen führt der Landrath, in den Provinzialkommissionen der Ober-Präsident den Vorsitz.

§ 5. Die gerichtlichen Akte, welche durch die Darlehensbewilligungen erforderlich werden, mit Einschluß der hypothekarischen Eintragungen, Aufschreibungen und Föschungen, erfolgen kostenfrei. Für die aufzunehmenden Urkunden wird ein Stempel nicht erhoben.

§ 6. Dem Landtage ist bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft über die Ausführung des Gesetzes Rechenschaft zu geben.

Urkundlich unter Unserer Höchstsignatur und Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Wittdob Gasten, den 22. Juli 1876.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenburg. Leonhardt. Fall. v. Kameke. Udenbach. Friedenthal. Hofmann.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 1. August. Der verlängerte Aufenthalt des Fürsten Bismarck hat, wie bei der jetzigen Zeit nicht anders erwartet werden konnte, mancherlei falsche Gerüchte hervorgerufen. So ist z. B. nach außerhalb telegraphirt worden, daß die Verlängerung des fürstlichen Aufenthalts mit den Verhandlungen in Verbindung zu bringen wäre, welche sich die Herbeiführung einer Konferenz zur Lösung der orientalischen Frage angehen ließen. Von anderer Seite wurde berichtet, daß der russische Votschafter von Dubril in Folge der verlängerten Anwesenheit des Fürsten hierher geeilt wäre, um mit ihm in Konferenz zu treten u. s. w. An allen diesen Mittheilungen ist kein wahres Wort; namentlich weiß kein Mensch etwas von Verhand-

lungen, welche sich auf Herbeiführung einer Konferenz beziehen. Jedemfalls dürfte es gerathen sein, diesen Gerüchten bei Zeiten durch ein entschiedenes Dementi zu begegnen, bevor die Mythenbildung in Gang kommt.

— Es wird gemeldet, daß der Kaiser von Brasilien die Absicht hege, in den ersten Tagen des August sich nach Gastein zu begeben, um dort noch einige Tage zugleich mit dem Kaiser Wilhelm verbleiben zu können. Indes, wenn eine solche Absicht bestanden hat, so mußte die Ausführung in Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse aufgegeben werden. Der Kaiser von Brasilien beansprucht für sich und sein Gefolge ein Logis von etwa 26 Zimmern und ein solches wäre, so lange unser Kaiser in Gastein verweilt, nicht zu beschaffen gewesen. Indessen wäre es wohl möglich, daß die Zusammenkunft der beiden Kaiser sich an einem anderen Orte, etwa in Salzburg, bewerkstelligen ließe. — Das Flugblatt der „deutsch-konservativen Partei“, welches gestern veröffentlicht wurde, beweist, daß die Partei nun wirklich alle Vorbereitungen trifft, um auf die Wahlen Einfluß zu gewinnen. Gespannt ist man jetzt darauf, aus welchen Personen der geschäftsführende Ausschuss zusammengefasst werden wird, da sich aus der Zusammenfassung desselben die künftige Stellung der Partei zur Regierungspolitik ziemlich sicher beurtheilen lassen wird. Wie wir hören, sind die Bemühungen durchgedrungen, welche darauf gerichtet waren, keine Männer in den Ausschuss zu berufen, die bisher durch eine regierungsfeindliche Haltung sich bemerkbar gemacht hatten.

— In dem beginnenden Wahlkampfe wird anscheinend ein Faktor weit weniger beachtet, als es angesichts seiner Bedeutung rathsam ist, die Sozialdemokratie. Es ist in der That keine neue Erscheinung mehr, daß, so entschieden der Sozialismus seit seinem Auftreten in Deutschland theoretisch bekämpft worden ist, die Parteien jedesmal unmittelbar vor den Wahlen seine Gefährlichkeit mehr und mehr vergessen, um nachher sich höchlich zu verwundern über seine unerwartet großen Fortschritte. Soll es diesmal wieder so sein? Darüber kann wenigstens kein Zweifel bestehen: wenn die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen nicht zahlreicher und entschlossener Widerstand findet, als 1874, so dürfen wir auf eine erhebliche Vermehrung ihrer Abgeordneten im Reichstage gefaßt sein. Denn die Agitation ist in den letzten Jahren nachhaltiger und planmäßiger betrieben worden, als je zuvor: die sozialistische Presse, die sich noch vor einigen Jahren auf wenige Organe beschränkte, hat dermaßen zugenommen, daß sie jetzt in Deutschland, wie schon neulich bemerkt, nicht weniger als 38 Blätter zählt; vor Allem aber, die bei den letzten Wahlen noch getrennten beiden Parteien haben sich inzwischen vereinigt. Hiernach ist mit Sicherheit vorherzusehen, daß die Sozialdemokratie ohne größere Mühsal ihrer Gegner, als früher, nicht allein in ihren bisherigen, sondern auch in denjenigen Wahlkreisen, wo sie es das letzte Mal zu einer ansehnlichen Minorität gebracht hat, siegen würde. Die Frage ist nun: sind die Gegner der Sozialdemokratie in den betreffenden Wahlkreisen überhaupt stark genug, den Sieg zu behaupten, beziehungsweise zu erstreiten? Die Frage ist entschieden zu bejahen. Von den heutigen 9 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hat kein einziger die Majorität aller Wahlberechtigten seines Wahlkreises für sich gehabt. Freilich ist richtig, daß in den meisten Fällen den Sozialdemokraten der Sieg nur dann mit Erfolg streitig zu machen wäre, wenn die Nichtsozialdemokraten ohne Ansehen ihrer sonstigen Parteistellung gegen dieselben gemeinsame Sache machten. Daß sie dies thun würden, sollte man aber, die Frage ruhig erwogen, eigentlich als selbstverständlich annehmen dürfen.

— Im vorigen Jahre war bekanntlich durch die Allerhöchste Verordnung vom 4. März die Ausfuhr von Pferden über sämtliche Grenzen Deutschlands gegen das Ausland verboten worden. Wegen Verletzung dieses Verbotes unter sehr eigenthümlichen Verhältnissen ist gegen einen an der österreichisch-schlesischen Grenze lebenden Pferdehändler eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden, die vor Kurzem (am 22. Juni c.) beim Ober-Tribunal zur Verhandlung gelangt ist. Es wird darüber Folgendes gemeldet:

Der Pferdehändler B. in Schlesien, in einem Orte an der österreichischen Grenze, führte mit Erlaubnis des Ober-Grenzkontrollors ein krankes Pferd nach Troppan in Oesterreich-Schlesien, um es vom dortigen Thierarzt untersuchen zu lassen. Anstatt aber das Pferd wieder über die Grenze zurückzubringen, verkaufte B. dasselbe in Troppan an einen dort ebenfalls anwesenden Landsmann mit der Bedingung, daß er das Pferd demnachst über die Grenze nach Preußen zurückschaffe. Der Käufer erfüllte auch diese Bedingung. Nichtsdestoweniger wurde B. wegen Verletzung jenes Pferdeausfuhrverbotes und des damit in Zusammenhang stehenden § 134 des Vereinsvollgesetzes angeklagt und vom Appellationsgericht zu Ratibor der Anklage entsprechend verurtheilt. Die dagegen vom Angeklagten eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Ober-Tribunal zurückgewiesen, indem dasselbe in seinem Erkenntnis ausführt: „Der Appellationsrichter hat nicht mit Unrecht angenommen, daß, wenn auch der Obergrenzkontrollor die Erlaubnis erteilt hätte, das Pferd zu dem angegebenen Zwecke — nämlich um es von dem Thierarzt untersuchen zu lassen — nach Troppan zu schaffen, doch jedenfalls der Angeklagte dadurch, daß er dasselbe demnachst in Troppan verkauft, die Kontrebande verbrocht habe. Die Wirksamkeit des Verbotes ist daher auch keineswegs davon abhängig, daß der in's Ausland geschaffte Gegenstand, demnachst auch wirklich im Auslande verbleibe, und ebensovienig ist es für die Frage nach der Vollendung des Vergehens von Erheblichkeit, ob der Angeklagte das Pferd in Troppan an einen preussischen Unterthan mit der Bedingung verkauft hat, dasselbe demnachst nach Preußen zurückzuschaffen und diese Bedingung auch vom Käufer wirklich erfüllt worden, und das Pferd demgemäß auch in Preußen verblieben ist.“

— Die Einrichtung der Pneumatik in Berlin für die Stadt-Briefbeförderung schreitet, wie der „N.-A.“ schreibt, rüstig vorwärts und schon im Oktober d. J. wird voraussichtlich dieses neue und

wichtige Institut in's Leben treten. Die technischen Herstellungsarbeiten, deren Leitung der Ingenieur von Helbing aus Wien, welcher den wiener pneumatischen Betrieb ebenfalls hergestellthatte, übernommen, sind zum größten Theil vollendet. Die Kbhrenlegung durch die Straßen in der Gestalt zweier großer Ringe und mehrerer Ausläufer ist bereits erfolgt; die Aufstellung von Dampfmaschinen zur Bewegung der Luftpumpen und von Luftereivoren ist zum Theil in Angriff genommen, zum Theil fast vollendet. — Berlin ist für den pneumatischen Betrieb in zwei Ringe — dießseits und jenseits der Spree — getheilt, deren Verbindung durch einen Doppelfrang zwischen dem Zentraltelegraphenamt (dießseits der Spree) und der Börse (jenseits der Spree) hergestellt ist. Die zur pneumatischen Beförderung aufgegebenen Briefe, resp. Sendungen, können durch beide Ringe, mit Einschluß der unmittelbar dazu gehörigen Expeditionsarbeiten in einer halben Stunde theils durch Luftdruck, theils durch Luftentziehung getrieben werden. Da nun in den meisten Fällen derartige Sendungen nur einen Ring oder noch weniger zu durchwandern haben werden, so wird die pneumatische Beförderung einer Sendung in der Regel kaum eine viertel Stunde in Anspruch nehmen. Jeder der beiden Ringe hat zwei in entsprechender Entfernung von einander errichtete Maschinenhäuser; in denselben werden durch Dampfkräft Pumpen in Bewegung gesetzt, durch welche die in den Maschinenhäusern und die nahegelegenen Stationen befindlichen Luftereivoren theils mit komprimierter, theils mit verdünnter Luft gespeist werden, je nachdem die Beförderung durch Luftdruck oder durch Luftaufsaugung erfolgt. Die Einrichtung ist getroffen, daß bei allen Strecken sowohl mit Luftdruck, als auch mit Luftentziehung, also hin und zurück gearbeitet werden kann; zunächst jedoch wird eine derartige Hin- und Zurückbeförderung innerhalb der beiden Peripherien nicht stattfinden, vielmehr werden die Sendungen stets nach einer Richtung — nach der rechten — sich bewegen, so daß ein Brief, welcher an eine Nachbarsstation zur linken Seite gerichtet ist, fast den ganzen Ring zu durchlaufen hat, während ein Brief, welcher innerhalb des Ringes an die entgegengesetzte, also geographisch entfernteste Station gerichtet ist, nur durch die Hälfte des Ringes getrieben wird. Nur bei den Ausläufern, also sowohl bei den von der Peripherie der Ringe nach entfernten Stadttheilen gelegenen Kbhren, als auch bei der Verbindungsleitung der beiden Ringe zwischen dem Zentral-Telegraphenamt und der Börse wird notwendiger Weise die Beförderung bald von vornherein durch Eintreiben und Aufsaugung der Luft sowohl hin als auch zurück erfolgen. — Neben den unterirdischen Kbhren laufen elektrische Korrespondenzdrähte, durch welche jede Station mit der anderen sich über den Abgang und die Ankunft von Sendungen verständigen kann. — Im Ganzen werden 15 Stationen errichtet werden, von denen 12 Stationen innerhalb der beiden Ringe und drei Stationen außerhalb derselben liegen werden.

Aus Hessen-Rassau, 30. Juli. Die nationalliberale und die Fortschrittspartei in Nassau haben sich angesichts der bevorstehenden Abgeordnetenwahl für ein geschlossenes Zusammengehen ausgesprochen. Die Kandidaten der einzelnen Kreise werden durch die Vertrauensmänner den Wählern bekannt gegeben. Außer dem liberalen Abgeordneten Kalle zu Biebrich a. Rh. (Rheingaukreis), welcher erklärt hat, diesmal keine Wahl annehmen zu wollen, werden wohl sämtliche bisherige Landtagsabgeordnete wieder gewählt werden. — Man schreibt dem „Hann. Cour.“:

Die konservativen Wählereien haben auch schon in unserer Provinz begonnen, und zwar vorzüglich in den von zahlreichen Großgrundbesitzern bewohnten Theilen des Regierungsbezirks Rassel. Höfliche Brieflein auf feinstem Postpapier laden die für die neue Verbrüderung Ausersehenen zum Beitritte ein, wobei als Köder die üblichen Versprechungen, Verminderung der jetzigen Lasten, Herstellung des religiösen Friedens u. s. w. ausgeworfen werden. Der Erfolg dürfte freilich bei uns ein sehr targer sein; hält man doch die emigen Bemühungen der Herren Landräthe und ihrer Gehilfen fast überall, wo man den Charakter des heffischen Volkes zu würdigen weiß, lediglich für eine „platonische Pöffelei“. Indessen ist doch der Rath, auf der Gut zu sein und die seit Jahren gewohnten Agitationen der Herren Wahlkommissare etwas schärfer zu kontrolliren, keineswegs ein überflüssiger, namentlich für diejenigen Gegenden nicht, wo die Konservativen, Agrarier und Ultramontanen bisher schon in süßer Harmonie ein beträchtliches Angriffscontingent gestellt haben.

Strassburg, 28. Juli. Gestern und heute hat hier die Aushebung stattgefunden in musterhafter Ordnung, wie in früheren Jahren. Die jungen Leute kamen vom Land herein, geschmückt mit Fahnen und Musik voran, wohl zu manchen hiesigen Franzosen nicht geringem Aerger. Gleichzeitig erfahren wir aus den Zeitungen, daß von den zahlreichen bei den Garderegimenten eingestellten Elsaß-Bohringern ein Theil bereits zu Unteroffizieren befördert worden ist. Ueber das dienstliche Verhalten und den kameradschaftlichen Geist dieser Mannschaften hört man nur Stimmen des Lobes und findet die oft ausgesprochene Behauptung, daß die Elsaß-Bohringer recht gute Soldaten seien, vollaus bestätigt.

Paris, 30. Juli. Die Berathung über das Unterrichts-budget geht glatt und gut von statten. Waddington findet bei der Kammer alles wünschenswerthe Entgegenkommen, und man gönnt ihm das gern, weil er den Muth gehabt hat, für die Reformen, deren Tüchtigkeit er erkannt, nämlich einzustehen. Das Kriegs-, Justiz- und Bautenbudget soll, wie man annimmt, vor den Ferien noch abgemacht werden. Die Hitze wirkt übrigens einschläfernd auf alle politische Kampfeslust. Der Senat laut noch an dem hart ausgedrückten Wunsch der Minister, das Bürgermeistergesetz vor den Ferien beraten zu sehen; aber die Lust zum Aufstehen bleibt. Der „Moniteur“ begünstigt das Zögern. Der Ministerrath ist damit einverstanden, daß die Ferien am 8. bis 19. August beginnen sollen.

Das Schreiben des Kardinal-Erzbischofs von Paris an den Justiz- und Kultusminister Dufaure, worin derselbe gegen die von dem Budget-Ausschuss am Kultus-Budget beantragten Ersparnisse Einspruch erhebt und die Republik mit dem Borne der Kirche bedroht, falls dieselbe nicht alle ihre Ansprüche und Forderungen befriedige, macht gerechtes Aufsehen. Abgesehen davon, daß kein Staat bestehen kann, welcher sich den Händen von Rom überliefert, scheint der Kardinal-Erzbischof auch ganz übersehen zu haben, daß die Republik von 1848 der katholischen Geistlichkeit volle Freiheit gewährte, ihr den Elementar- und Gymnasial-Unterricht überließerte, ihr alle möglichen Konzeptionen machte und doch oder vielmehr gerade deshalb so

Schließlich zu Grunde ging. — Die gemischte Jury, für die Prüfungen der Studenten der pariser Rechtsfakultät ist bereits ernannt. Dieselbe ist folgendermaßen zusammengesetzt: erstes Jahr drei Professoren: Duverger und Labbé von der Staatsfakultät, Terrat, von der katholischen Fakultät; zweites Jahr Calmet-Daage und Buffenoir von der Staatsfakultät, Connolly und Chobert von der katholischen Fakultät; Direktor, Giraud, Machelard und Garsonnet von der Staatsfakultät; Aliz und Merbeilleux-Dubignon von der katholischen Fakultät. — Der Papst hat an Herrn de la Borderie, den Präsidenten des Vereins für freien Unterricht im Departement Ille-et-Vilaine, ein Breve gerichtet, in welchem er sich über die gegenwärtig so lebhaft erörterte Frage der Unterrichtsfreiheit in sehr bezeichnender Weise ausspricht.

„Wir beglückwünschen Sie“ — schreibt Pius IX. u. a. — „zu Ihren Erfolgen, denn wenn wir tief beklagen, daß die Allen ohne Unterschied gewährte Unterrichtsfreiheit der Ausgelassenheit der Gottlosen die Flügel schenken läßt und gestattet, daß der Lehrgewalt der Kirche zum Trotz der Same verhängnisvoller Irrthümer in die Geister gestreut wird, so gereicht es uns zum Trost, zu sehen, wie die Freunde der katholischen Wahrheit diese Freiheit zur Verbreitung der religiösen Erziehung benützen. Es ist dies wenigstens in unseren schwierigen Zeitläuften das beste Mittel, Verhältnisse, die uns in besseren Tagen nicht wünschenswerth scheinen würden, zu unserem Vortheil zu wenden.“

Zum Anschluß an diese päpstliche Rundgebung bemerkt Gambetta's „Republique française“: Das heißt mit anderen Worten: die Unterrichtsfreiheit ist nur dann nützlich und wünschenswerth, wenn sie einzig und allein der klerikalen Sekte zu Gute kommt. Wir wollen sie für uns; wir verweigern sie beharrlich unseren Gegnern! Das ist die reine Lehre des Herrn Venillot; es ist die Doktrin des unfehlbaren Drakels im Vatikan. — Große Heiterkeit erregt hier ein „Adieu charmant pays de France“, welches die Königin Isabella, eine moderne Maria Stuart, heute in dem sonst so profaischen „Journal Officiel“ singt. Dies amtliche Blatt veröffentlicht nämlich folgenden Dankbrief an den Marschall-Präsidenten der Republik:

Paris, 27. Juli 1876. Herr Marschall! Ehe ich das schöne und gaffende Frankreich, die Wiege meiner Familie, verlasse, wo ich acht Jahre lang fortdauernde Beweise von Ansehen und Achtung erhielt, lege mir meine unveränderliche Dankbarkeit die Pflicht auf, da ich individuell nicht allen Franzosen danken kann, mich an denjenigen zu wenden, der den Schicksalen dieses großmüthigen Volkes, dessen Wohlfahrt mich und meine Kinder so lebhaft interessiert, vorsteht. Sie kennen, Herr Marschall, meine Gefühle, und Sie können nicht an dem Andenken zweifeln, das ich von diesem theuren Lande, das Ayl der spanischen Monarchie während der Tage grauerer Revolution, mit mir nehme. Ich kehre in mein Vaterland zurück, wo ich meine Kinder finden werde, aber ich bewahre hier das Haus, in dem ich glückliche Tage verlebte. Fortan werde ich meine Tage zwischen beiden Ländern theilen. Ich erlaube Sie, Herr Marschall, durch das Amtsblatt Frankreich den Ausdruck meiner aufrichtigen Dankbarkeit mitzutheilen. Und glauben Sie, mein theurer Marschall, an meine dankbare und aufrichtige Freundschaft.

Isabella von Bourbon.

Die Regierung selbst hat dieses Schreiben übrigens nur ungern dem amtlichen Blatte übergeben. Der Herzog Decazes, der vorher mit dem spanischen Botschafter eine Konferenz hatte, widerstrebte sich zuerst der Veröffentlichung. Die Königin wandte sich aber an die Marschallin, siehe da, das Schreiben fand alsbald seinen Weg in die amtlichen Spalten.

Konstantinopel. Ueber den Zustand Murad's V. erhält das „N. B. Tt.“ eine Depesche aus Rom vom 30. der zufolge dort eingelangte Nachrichten aus Konstantinopel den Sultan als ohne Bewußtsein und Sprache schildern, so daß seine formelle Abdankung unmöglich ist. Eine der Frauen von Abdul-Miz soll Murad ein Gift beigebracht haben, welches die Vernunft raubt, die Sinne betäubt und endlich den Tod verursacht. Wenn letzterer Fall nicht bald eintritt, so ist die Absetzung unumgänglich. Dies ist die Anschauung in klerikalen, sowie offiziellen Kreisen. Eine direkte Korrespondenz der wiener „Polit. Corr.“ aus Konstantinopel v. 25. spricht über dieselbe traurige Angelegenheit in folgender Weise:

Aus Rücksichten der Schicklichkeit, die man zu würdigen wissen wird, hat man sich bisher enthalten, Näheres über die Krankheit bekannt zu geben, von welcher Sultan Murad heimgesucht wird. Dieser junge und unglückliche Fürst konnte die heftigen Aufregungen, von welchen seine Thronbesteigung begleitet und gefolgt war, nicht ertragen und sehr schwere Gehirnserkrankungen haben sein Leben in Gefahr gebracht. Die strenge Abgeschlossenheit, in welcher der Padiſchah während der letzten Zeit der Herrschaft seines Oheims gelebt, das entnervende Harem-Leben, Ausschreitungen im Genuße geistlicher Getränke und vielleicht eine natürliche Anlage sind die Ursachen des beklagenswerthen Zustandes des Sultans. Man spricht in gewissen Kreisen von dem Wunsche, welchen Murad kundgegeben, den Thron seinem Bruder Abdul Hamid zu überlassen. Vielleicht ist dieses Gerücht nichts als das Echo eines Wunsches der Minister, mit einer Sachlage zu Ende zu kommen, welche für sie und für den Staat voller Gefahren ist. In jedem Falle thut eine rasche Lösung noth, und es ist Hoffnung vorhanden, daß sie nicht auf sich warten lassen werde.

Belgrad. Der Fürst Milan hat, wie die „Russ. Welt“ berichtet, an den Bruder des bei Bratarniza gefallenen ehemaligen russischen Offiziers Nicolai Alexejewitsch Kirijew, den Adjutanten des Großfürsten Konstantin, Obristen Kirijew, nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Ich halte es für meine heilige Pflicht, Ihnen meine wärmste Theilnahme an dem Tode Ihres ritterlichen Bruders auszudrücken, welcher Held im Kampf für Glauben und Recht gefallen ist. Ich theile die Trauer der Hinterbliebenen von ganzem Herzen. Obwohl meine Bekanntschaft mit dem verstorbenen Helden noch eine junge war, so fühlte ich doch lebhaft Sympathie für ihn und erkannte seine reine und hohe Seele, die Gott in Frieden und Gnaden aufnehmen möge. Wir Alle beten für den Seelenfrieden des furchtlosen russischen Kriegers, welcher für die Sache der Serben sein Leben hingegeben hat.“

Vom General Tschernajew ist dem Bruder des Verstorbenen ferner folgendes Telegramm zugegangen:

„Das Schlachtfeld bei Rakowitz, wo Ihr verstorbener Bruder kommandirte und fiel — haben wir nicht behauptet. Beim Rückzuge konnten wir seinen Leichnam nicht mit uns nehmen. Der Bursche des gefallenen Helden hat nur die Orden und Breiloosen und das Taschenbuch desselben retten können. Ich handle wegen Auslieferung der Leiche am nächsten Tage einen Parlamentär an Osman Pascha, doch ist derselbe von den Türken nicht empfangen worden.“

Vor einiger Zeit brachten italienische Blätter die Nachricht, Bischof Strohmayer von Diadowar hätte an den Papst die Bitte gerichtet, er möge in den orientalischen Angelegenheiten zu Gunsten der slavischen Katholiken interveniren. Von Rom aus wurde diese Angabe mit dem Bemerkens für unwichtig erklärt, daß der Papst von dem genannten Prälaten keinen Brief erhalten habe. Wie die „D. N.“ von gutunterrichteter Seite erfahren, ist dieses Dementi nur buchstäblich zu nehmen. In Rom

kennt man die slavische Politik die Wünsche des Bischofs Strohmayer sehr genau, wenn auch nicht gerade aus einem an den Papst gerichteten Briefe. Der wiener päpstliche Nuntius hat von verschiedenen katholischen Würdenträgern Berichte verlangt, um sich darüber zu orientiren, wie die orientalische Frage in den katholischen Kreisen aufgefaßt wird. Wie die „D. N.“ erfahren, hat auch Bischof Strohmayer Gelegenheit erhalten, sich durch eigene oder fremde Hand über die Gesinnung und die Stellung seiner Diöcese zu der slavischen Erhebung berichtlich zu äußern. Daß Mgr. Jacobini sich nicht privatim belehren wollte, sondern auf höhere Weisung jene Berichte eingefordert hat, möchten wir für gewiß annehmen.

General Garibaldi hat folgende Adresse erhalten:

Die serbisch-bulgarische und die bosnisch-herzegowinische Jugend an den berühmten Joseph Garibaldi, Protektor der Unterdrückten im Orient. An Euch, den großen italienischen Patrioten, den größten Mann unseres Jahrhunderts, an Euch, den Fahnenführer der Unabhängigkeit und der Freiheit, richten wir unsere Wünsche und Dankungen. Gerührt durch unser Unglück, richtet Ihr einen Aufruf an die von dem freihellen Geist besessene Jugend; Ihr wendet Euch an Eure Landsleute und Ihr empfehlt ihnen, sich an dem Kampfe zu betheiligen, welchen wir gegen die Barbare des Halbmondes kämpfen. Tausend Mal Dank sei Euch dafür dargebracht, berühmter Mann, der das Unglück der Unterdrückten begreift, und glaubt uns, daß wir in unseren Reihen die würdigen Söhne Italiens mit dem größten Stolz aufnehmen werden, deren Blut für die Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit, für das Wohl der Menschheit und für die der heiligen Freiheit geschuldete Achtung heiß glüht. Das Recht ist für uns, Gott ist mit uns! Wir werden unseren hundertjährigen Feind und Unterdrückten besiegen, den selbst die Großmächte als den Feind eines jeden Fortschrittes und einer jeden bürgerlichen Reform anerkennen; mit Einem Wort, wir werden den unerbittlichen Feind der Zivilisation und der Gesellschaft unseres Jahrhunderts besiegen. Dann, wenn Serbien, Bulgarien, Bosnien und der Herzegowina die Freiheit zurückgegeben, werden wir Europa wegen unserer politischen Verfassung keine Schwierigkeiten bereiten, weil wir die Katholische Europas befolgen werden; aber was sich auch ereignen mag, wir wollen das verabscheute und höllische Joch der Osmanen abwerfen.

So diese Adresse, die jedenfalls manchen absonderlichen Profanationen Garibaldi's ganz würdig zur Seite gestellt werden kann.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2. August

r. Der Handwerker-Vetters- und Unterstützungsverein hielt am 31. d. Mts. im Herberich'schen Saale unter Vorsitz des Schlossermeisters Nachtigall seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Rentant, Kaufmann Malade, Bericht über die Lage des Vereins. In der Generalversammlung am 1. Mai d. J. wurde der neue Vorstand gewählt, und am 8. Mai übernahm der neu gewählte Rentant die Bücher und Aktenstücke des Vereins, sowie einen Baarbestand von 3713 M. Es ergab sich, daß die Außenstände gegen Schuldheine 7592 M. betrugen; außerdem sind von einem früheren Vereinsboten 532 M. unterschlagen, und schwebt gegenwärtig bereits die Klage gegen die Erben desselben. Es wurde nun vom Vorstande beschloffen, mit der Einziehung der Außenstände vorzugehen und demnach an sämtliche Debitoren, resp. Bürgen, das Ersuchen um Regulirung dieser Außenstände gerichtet, mit der Bemerkung, daß in Bezug auf Ratenzahlung jede Erleichterung gewährt werden würde. Die einzelnen Außenstände betragen bis zu 50 Thlr. Bis jetzt sind auf Grund der Aufforderung Außenstände in Gesamthöhe von 1837 Mark regulirt worden, theils baar, theils in Wechseln; von den übrigen Außenständen sind bereits 825 M. eingeklagt und wird beabsichtigt, später sämtliche Außenstände, soweit sie nicht regulirt werden, einzuklagen; wegen Verarmung oder Vergessens von Debitoren sind 135 M. uneinziehbar. Mit der Vergebung von neuen Darlehen in Höhe von je 300 M. begann der Vorstand am 20. Mai d. J. und sind bis jetzt bereits 4040 M. gegen Wechsel an Mitglieder des Vereins ausgeliehen worden, wovon schon 132 M. abgezahlt sind. Die Einnahmen des Vereins seit dem 20. Mai d. J. betragen 163 M. 54 Pf. an Zinsen, 249 M. an Beiträgen. Die Anzahl der Mitglieder, welche bei Beginn der Reorganisation des Vereins im Mai d. J. 36 betrug, ist seitdem bereits auf 80 gestiegen. — Nach Erstattung dieses Berichtes wurde alsdann in die Berathung über die Statutenänderung eingetreten. Es wurden die neuen Statuten, welche von dem Rentanten, Kaufm. Malade, entworfen und vom Vorstande durchberathen sind, mit einigen kleinen Abänderungen angenommen. Danach wird der Verein von jetzt ab den Namen: Handwerker-Darlehensverein führen. Statt der bisherigen Schuldheine werden von jetzt ab Wechsel auf drei Monate mit einem Giranten ausgestellt; diese Wechsel werden auf Ersuchen der Aussteller mit 25 pCt. Abschlagzahlung auf je drei Monate prolongirt. Die Darlehen, die früher höchstens 50 Thaler betragen durften, sind jetzt auf 300 M. erhöht worden; der Zinsfuß beträgt gewöhnlich 5 pCt. und darf 6 pCt. nicht übersteigen. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter desselben, einem Rentanten, einem Schriftführer und fünf Beisitzern. Zahlreich hält der Verein eine ordentliche Generalversammlung ab; außerdem ist der Vorstand verpflichtet, auf Antrag von 25 Mitgliedern eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.

r. Das Doppel-Concert, welches gestern im Lambert'schen Garten zum Besten der Pensions-Zusufüsse der Musikmeister des preussischen Heeres und deren Wittwen und Waisen stattfand, erfreute sich trotz der zweifelhaften Witterung, und trotzdem es später auch etwas zu regnen begann, eines sehr starken Besuchs. Das Konzert zerfiel in drei Theile. Im ersten Theile spielte der Musikchor des 1. Niederländischen Infanterie-Regiments No. 46 unter Leitung des Musikmeisters Stolmann, im zweiten Theile der Musikchor des 1. Westpreussischen Grenadier-Regiments No. 6 unter Leitung des königl. Musikdirigenten Appold, während im dritten Theile beide Chöre vereint wirkten.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 1. August. [Ein Betrugsfall.] Großes Aufsehen machte an der heutigen Börse ein Betrug, der von dem Angefallenen eines hiesigen Bankhauses verübt worden ist, weniger noch wegen der Bedeutung des konkreten Falles, als wegen seiner prinzipiellen Wichtigkeit. Der thatsächliche Hergang ist der folgende: Der Commis Witow war im hiesigen Bankgeschäfte Joh. Goldschmidt u. Co. seit sieben Jahren thätig und funktionirte u. A. auch an der Börse. Im Laufe des letzten Monats hat er verheimlicht ohne Auftrag und Wissen seines Chefs im Namen des Hauses Ultimo-Geschäfte mit einem Spekulationsmakler Arnold Friedländer abgeschlossen, einem Makler, mit welchem das Haus bis dahin niemals in Verkehr gestanden hatte. Das Engagement, um das es sich handelt, belief sich zeitweise auf 7000 Stück Kreditaktien, der a la Hausse verbliebene Saldo auf 1500 Stück, eine Thatfache, die der Witow bei der Klontirung am Ultimo durch ein Falsum zu verdecken wußte. Heute am Tage der Differenzzahlung stellte es sich heraus, daß B. das Weiße gesucht habe und der betreffende Makler verlangt nun von dem Bankhause Johann Goldschmidt u. Comp. die Zahlung der Differenz, welche bis zum heutigen Tage beläufig c. 29,000 Mark beträgt. Das letztere weigert die Zahlung, weil nach Aussage seiner Beamten in den Bureau kein Schlußchein des Friedländer abgegeben worden ist und auch keine Möglichkeit vorlag, daß B. im Bureau den Schlußschein unterschlagen konnte, der p. Witow nie beauftragt war, derartige Geschäfte abzuschließen und die ganze Manipulation dem Friedländer jedenfalls hätte auffallen, so daß eine Nachfrage von vornherein das obwaltende Sachverhältnis hätte aufklären

müssen. Wahrscheinlich wird das Gericht über die Bedeutung dieser Einsprüche zu entscheiden haben. (W. B. C.)

** Das Urtheil in Sachen der Rheinischen Effektenbank. Im Prozesse der Rheinischen Effektenbank ist am 31. v. M. Nachmittags 5 Uhr zu Köln das Urtheil verkündet. Es sind, wie telegraphisch schon kurz gemeldet, von den dreizehn Angeklagten verurtheilt: Direktor Carl Gustav Horn zu drei Jahren, Kommerzienrath Viktor Wenzelstadt und Direktor Rudolf Willemsen zu je sechs Wochen, Direktor Leopold Surén zu zwei Monaten, wenn das dieselbe Urtheil bestehen bleibt, andernfalls zu drei Monaten Gefängnis. Die übrigen neun Angeklagten wurden freigesprochen; es sind dies: Robert Esser, Tosetti, Adolph vom Rath, Kaute nstrauch und Raoul Stein aus Köln, ferner Horn in Frankfurt a. M., Frege in Hamburg, Knecht in Aachen und Elsbacher in Bonn. Von den Kosten tragen Horn & Co., alle vier Verurtheilten zusammen solidarisch & der Staat &. Die Zivilklage wurde abgewiesen. — Tenor und Motive des Urtheils liegen noch nicht vor. Vorweg darf immerhin ausgesprochen werden, daß der Ausgang dieses Prozesses, welcher nicht allein, nennigleich vorwiegend am Rhein, sondern den weitesten Kreisen ein so großes Aufsehen erregte, in der Strafbemessung fast milder erscheint, als vielfach und vornehmlich in Erinnerung an das Urtheil im Bredeischen Prozesse erwartet wurde.

** Königlich preussische Klassenlotterie. Die Ziehung der 2. Klasse 154. königlich preussischer Klassenlotterie wird am 8. August d. J., Morgens 8 Uhr, im Ziehungssaale des Lotteriegewäuses in Berlin ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse sind nach den §§. 5. 6 und 13 des Lotteriegewäuses, unter Vorlegung der bezüglichen Loose aus der 1. Klasse, bis zum 4. August d. J., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts, einzulösen.

** Sotha, 1. August. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der bucarester Prämien-Anleihe wurden folgende Serien gezogen: 116, 137, 313, 333, 413, 455, 610, 633, 727, 792, 881, 937, 952, 1004, 1150, 1322, 1458, 1464, 1476, 1492, 1518, 1647, 1779, 2005, 2036, 2074, 2124, 2142, 2188, 2203, 2394, 2478, 2529, 2628, 2667, 2736, 2763, 2815, 2875, 3024, 3047, 3087, 3326, 3355, 3422, 3477, 3494, 3498, 3516, 3787, 3791, 3813, 3915, 4150, 4411, 4419, 4456, 4642, 4665, 4697, 4731, 4748, 4805, 4811, 4838, 4871, 4930, 4936, 4993, 5021, 5089, 5097, 5369, 5380, 5462, 5602, 5629, 5654, 5765, 5905, 6067, 6077, 6081, 6194, 6206, 6270, 6304, 6328, 6380, 6534, 6638, 6810, 6981, 6987, 7026, 7043, 7052, 7098, 7137, 7144, 7163, 7195, 7277, 7339, 7355, 7495.

Bei der Gewinnziehung fiel der Haupttreffer von 40,000 Frs. auf Nr. 68 der Serie 313, 5000 Frs. fielen auf Nr. 36 der Serie 727, 1000 Frs. fielen auf Nr. 23 der Serie 1150, Nr. 36 der Serie 3087, Nr. 54 der Serie 3516, Nr. 77 der Serie 4805, Nr. 97 der Serie 4871.

** Moskauer Kommerzialbank. Einer telegraphischen Depesche von „L. H. T. B.“ zufolge hat die Konkursverwaltung der Moskauer Kommerz- und Leihbank weitere 30 Prozent an die Gläubiger der Bank zur Auszahlung gebracht.

** Wien, 1. August. Monatsausweis der österreichischen Nationalbank.

Notenumlauf	287,848,380	Zunahme 13,141,830 fl.
Metallschatz	136,598,482	Zunahme 447 =
In Metallschatz zahlbare Wechsel	11,761,992	Zunahme 705,578 =
Staatsnoten, die der Bank gehören	3,601,583	Zunahme 1,477,496 =
Wechsel	113,898,734	Zunahme 9,557,764 =
Lombard	26,759,700	Abnahme 1,070,500 =
Eingelöste und hörfeinmäßig angekaufte Pfandbriefe	5,303,881	Abnahme 666,691 =

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 1. Juli.

** Wien, 1. August. Bei der heutigen Serienziehung der 186. Oer Loose wurden folgende Serien gezogen: 509, 733, 803, 1761, 1826, 1849, 1913, 2004, 2136, 2171, 2269, 2276, 2752, 2767, 3328, 3902, 4001, 4749, 4931, 5133, 5259, 5332, 5522, 6163, 6261, 6657, 6768, 7222, 7226, 7288, 7674, 7941, 8459, 8492, 8603, 8671, 8722, 9615, 10,233, 10,335, 10,959, 11,055, 11,170, 11,444, 11,494, 11,531, 11,696, 12,119, 12,203, 12,260, 12,864, 13,258, 13,964, 13,556, 13,570, 13,684, 13,705, 13,743, 13,916, 13,956, 14,328, 14,362, 14,748, 14,818, 14,829, 15,010, 15,050, 15,062, 15,378, 15,851, 16,053, 16,072, 16,168, 16,365, 16,659, 16,741, 17,461, 17,611, 18,155, 18,820, 18,967, 19,226, 19,482, 19,754, 19,792.

** Hamburg, 1. August. Bei der heute stattgehabten Prämienziehung der Köln-Mindener Prämien-Anleihe wurden folgende Serien gezogen: 60,000 Thlr. auf Nr. 177,787, 8000 Thlr. auf Nr. 64,806, 4000 Thlr. auf Nr. 64,815, 2000 Thlr. auf Nr. 64,847; je 1000 Thlr. fielen auf die Nrn. 444, 64,807, 64,832; je 500 Thlr. fielen auf die Nrn. 443, 177,754; je 200 Thlr. fielen auf die Nrn. 403, 408, 419, 431, 64,822, 129,967, 129,973, 177,762, 177,766, 177,779, 177,780.

Ver mis ch tes.

* Im Archiv für Post und Telegraphie lesen wir Folgendes: „Mit welchen wunderlichen Dingen das Generalpostamt beauftragt wird, dafür mögen einige Beispiele angeführt werden. Ein besonders sentimental angelegte Seele schreibt, daß es ihr einen fast widerigen, der Situation potenden Eindruck mache, wenn ein schwarz beäugelter Brief mit einer freundlich rothen Marke anlauge, und beantragt allen Ernstes, schwarze Trauerbriefmarken wenigstens zu 5 und 10 Pf. einzuführen, damit einem dringenden Bedürfnisse abgeholfen werde. Ein ehrfurchtbarer Handwerker in einer kleinen Stadt empfängt aus Schweden mehrere in schwedischer Sprache geschriebene Familienbriefe und kann dieselben in der Ursprache nicht lesen und verstehen; frugs sendet er die Briefe an das Generalpostamt mit der Bitte, sie ihm überlesen zu lassen, was dem auch, um den guten Mann aus seiner Verlegenheit zu helfen, geschehen ist. Ein Anderer findet es ungebührig, daß der Bordruck auf den Telegramm-Formularen „Worte“ statt „Wörter“ lautet, denkt aber nicht daran, daß man durch den Telegramm eben Worte (im Zusammenhang) und nicht Wörter spricht.“

* Die zweite Barbara Urthl, Juliane Biesenack, die unglückliche Person, welche, wie wir seinerzeit berichteten, in dem Dorfe Nächst-Neuendorf bei Posen mehrere Jahre lang in einer Kammer eingeschlossen und nur mit Milch und Brod ernährt worden, auch ohne Kleidung gelassen war, ist jetzt, wie die „Trib.“ meldet, in dem Provinzial-Freienhause zu Wittstock gestorben. Die gegen die Angehörigen der Verstorbenen eingeleitete Untersuchung mußte bekanntlich eingestellt werden, da die Zeugenangaben nicht das nöthige Material ergaben, um auf Grund derselben eine Anklage mit Erfolg erheben zu können.

r. Zur Neuanlage eines Festungsthors.

Die bereits erwähnte Petition in Betreff der Neuanlage eines Festungsthors in Posen behufs Befestigung der im Verkehr durch das Berliner Thor eingetretenen Hindernisse hat folgenden Wortlaut:

Posen, den 25. Juni 1876.

Seiner Durchlaucht
dem Kanzler des deutschen Reiches
Herrn Fürsten Bis mar ck
zu
Berlin.

Mit der Befestigung der bis dahin offen liegenden Stadt Posen ist im Jahre 1828 begonnen und die Umwallung derselben etwa im Jahre 1850 in der Hauptsache vollendet worden.

Im Jahre 1848 gelangte Posen vermöge der Stargard-Posener Eisenbahn mit Stettin, im Jahre 1855 mit Breslau, 1870 mit Guben, 1871 mit Thorn und Bromberg, und im Herbst 1875 mit Kreuzburg zu einer Schienenverbindung, während mit der Herstellung einer solchen nach Belgard gegenwärtig vorgegangen wird, und der Bau

einer Eisenbahn von Posen nach Stupce dann bestimmt zu erfolgen hat, sobald das kaiserlich russische Gouvernement die Weiterführung nach Warschau gestattet.

Keinen anderen als fortifikatorischen Interessen hat es die Stadt Posen zu verdanken, daß alle hier ein- und auslaufenden Eisenbahnen dies von einem ihnen vom k. k. Kriegsdepartement angewiesenen, vor dem Berliner Thor liegenden, zur Errichtung eines Zentralbahnhofs für den gesamten Personen- und Güterverkehr bestimmten Platz aus thun müssen, und diesem Umstande ganz allein ist es beizumessen, daß der bis zur Eröffnung der bezeichneten Eisenbahnen durch die einzelnen neuen Thore sich vollziehende Personenverkehr nunmehr auf das Berliner Thor zum größeren Theile übergehen mußte.

Vorher noch, etwa im Jahre 1849, wurde in Folge des Festungsbaues die Straße, welche von der Stadt aus nach der, über Küstrin gehenden Berliner Staatschauffee führte, kassirt und in das gegenwärtige Berliner Thor geleitet, dieses aber an der Stelle errichtet, welche schon damals zum Ausgangspunkte für die Verbindung nach dem Süden resp. nach Breslau und über But nach dem südwestlichen Theile der Provinz diente. — Die hierdurch herbeigeführte Zusammenziehung des gesamten, mit der Mark Schlesien und den dazwischenliegenden Theilen der Provinz unterhaltenen Verkehrs in ein, nur mit einer Wagenpassage ausgerüstetes Festungsthor stellte sich sehr bald als ein Hemmnis sowohl heraus, daß nach Eröffnung der Breslau-Posener Eisenbahn die Nothwendigkeit einer Erweiterung des Berliner Thores sich nicht mehr in Abrede stellen ließ. — Zur gegenwärtig bestehenden Erweiterung dieses Thores durch Anlage von je zwei Öffnungen für den Wagen- und Fußgängerverkehr wurde im Jahr 1867 geschritten und das so erweiterte Thor der Benutzung im Jahre 1869 übergeben.

Seit dieser Zeit sind noch drei Eisenbahnen mit ihrem, den Weg nach der Stadt durch das Berliner Thor nehmenden Personen- und Güterverkehr hinzugekommen und die statistischen, in Betreff des über alle Erwartungen lebhaft sich entwickelnden Thorverkehrs durch den gehoramt mitunterzeichneten Polizeipräsidenten amtlich veranlaßten Aufnahme haben das hiesige königliche Gouvernement sowohl, wie das königliche Kriegsministerium überzeugt, daß das Berliner Thor nicht mehr im Stande sei, die Verkehrspassage zu bewältigen und daß entsprechende Abhilfe unabwieslich werde.

Die diesfällige von der k. k. Polizeidirektion, dem Magistrat und der Handelskammer mit der hiesigen Festungsbehörde gepflogenen Verhandlungen haben als Abhilfsmittel die Herstellung eines neuen, eine direkte Verbindung mit dem, sechs Bahnen aufnehmenden Zentralbahnhofs gestatteten Festungsthores in der Verlängerung der Kleinen Ritterstraße auf der linken Hälfte des Cavalier Strotha nothwendig erscheinen lassen und es ist die Neuanlage eines Thores auf diesem Punkte fortifikatorisch für zulässig erachtet, auch die Uebernahme der Ausführung auf Kosten des deutschen Reiches auf Grund des Gesetzes, betreffend die Umgestaltung und Ausrüstung von deutschen Festungen vom 30. Mai 1873, beantragt worden.

In dem uns abschriftlich mitgetheilten, von dem königlichen Kriegsministerium an den Herrn Handelsminister in dieser Angelegenheit unterm 13. Juni vorigen Jahres gerichteten Schreiben wird angeführt, daß das Erstere sich den Aufzeichnungen des Herrn Handelsministers Excellenz dahin anschließe, „daß weder die Eisenbahnverwaltungen noch die Stadtgemeinde zur Tragung der Kosten für die neue Thoranlage“ verpflichtet werden können und daher nur übrig bleibe, solche nach Artikel IV. des oben angezogenen Gesetzes dem Reiche aufzuerlegen, wenn derselbe für Thorneuanlagen ebenso wie für Thorerweiterungen bindend gehalten wird.

Wir bemerken dabei, daß im Jahre 1873, von dem Herrn Festungsbauinspektor und dem Herrn Festungsinspektor, um Abhilfe zu schaffen, die Dezentralisation des Zentralbahnhofs zwar in Vorschlag gebracht worden ist, doch hat das königliche Kriegsministerium in einem an das hiesige Gouvernement unterm 1. März 1873 erlassenen Reskript erwidert, daß es nutzlos wäre, diesen Vorschlag weiter zu erörtern, der auch nur dann ausführbar erschiene, wenn den verschiedenen, hierbei beteiligten Eisenbahngesellschaften die hieraus erwachsenden bedeutenden Kosten vom Reichsfiskus erstattet werden würden.

Es. Durchlaucht haben eine Abhilfe der vorhandenen, sich täglich immer untrüglicher gestaltenden Mängel, insoweit die Abhilfe auf Reichskosten durch Neuanlage eines Thores in der Verlängerung der Kleinen Ritterstraße erstrebt wird, abgelehnt, weil der Reichsfiskus lediglich nur zur Erweiterung von Thoren und Thorbauten, falls fortifikatorische Interessen nicht im Wege stehen, verpflichtet ist, und es soll demnach von der als zulässig erklärten Herstellung eines besonderen Thores bis dahin Abstand genommen werden, „wo etwa die verschiedenen, mit ihrem Interesse vorzugsweise beteiligten Stellen sich über die freiwillige Deckung des entstehenden Aufwandes verständigt haben werden“.

Zu einer solchen Verständigung kann es schon darum nicht kommen, weil die Vermögens- und Erwerbslage der Stadt Posen derselben jedes, hier überdies freiwillig zu bringende Opfer verbietet, dieselben Verhältnisse bei einem Theil der hierbei konkurrierenden Eisenbahnen obwalten und ohne Zweifel sämtliche Eisenbahngesellschaften jede Leistung hierfür ablehnen.

Abgelesen hiervon glauben die unterzeichneten Instanzen Ew. Durchlaucht ehrenbietetig vortragen zu müssen, daß sie sich der Auslegung nicht anschließen können, welche Ew. Durchlaucht dem Art. IV. des Gesetzes vom 30. Mai 1873 gegeben haben.

Unseres Erachtens weist in Uebereinstimmung mit den Verordnungen der Wortlaut des Artikels IV 1. c. deutlich dahin, daß es sich dort im Allgemeinen um Erweiterungen handelt, welche die Entwicklung der Verhältnisse von Festungsfunktionen erfordern. — Auf solche Entwicklung ist in Article 1 gerichtet, und zum Schlusse bestimmt Art. IV:

Die Entscheidung darüber, ob und welche Erweiterungen im Interesse des Verkehrs notwendig und fortifikatorisch zulässig sind, wird in letzter Instanz durch die vereinigten Ausschüsse des Bundesrathes für Handel und Verkehr und für das Landheer und die Festungen getroffen.

Auch hier wird generell von Erweiterungen und nicht mehr von der Erweiterung bestimmter bestehender Thorbauten gesprochen. — So hat denn auch eine Behörde von so hoher Bedeutung, wie das Kriegsministerium bei dem Antrage an Ew. Durchlaucht ihre Zweifel über die Auslegung des in Rede stehenden Gesetzes nicht zu unterdrücken vermocht.

Wir machen schließlich noch darauf aufmerksam, daß eine Erweiterung des Berliner und Wildathores die Uebelstände, um die es sich hier handelt, nicht völlig zu beheben vermöchte.

Die Lage des Wilda-Thores ist für die Stadt eine so ungünstige, die Terrainverhältnisse in der Umgebung desselben sind so schwierige, daß eine wesentliche Ableitung des Verkehrs durch das Wilda-Thor nicht zu erreichen ist; auch nach Erweiterung des Berliner Thores würden deshalb mehrere Straßen der Stadt und die Bahnhofstraße überlastet bleiben. — Außerdem würde, was die größte Verdrüssigung erheischt, ein sehr beträchtlicher Theil des Güterverkehrs nach wie vor bedeutende Umwege machen und größere Steigungen zu überwinden haben, als nach Einrichtung des erbetenen Thores der Fall sein würde.

Ew. Durchlaucht bitten wir deshalb ganz gehoramt, hochgeachtet diese Angelegenheit nochmaliger Erwägung unterziehen und unserem ehrenbietetigsten Antrage dahin Mittheilen zu wollen, daß in der Verlängerung der Kleinen Ritterstraße ein neues Thor auf Kosten des Reiches hergestellt werde.

Sollten Ew. Durchlaucht sich nicht in der Lage glauben, entsprechend diesem unsern Anliegen Entscheidung zu treffen, so würden wir unermüdet die Erweiterung des Berliner, respektive auch des Wilda-Thores beantragen. Gegen solche Erweiterungen dürften sich fortifikatorische Bedenken gegenwärtig kaum noch geltend machen lassen können.

Die prinzipielle Wichtigkeit Euer Durchlaucht Entscheidung nicht verneinend, glauben wir noch darauf aufmerksam machen zu sollen, daß hiernach erhebliche Kosten für den Reichsfiskus nicht werden vermieden werden können.

Mit Darlegung der großen Nothwendigkeit, welche zahlreiche Einwohner der Stadt Posen durch Einrichtung der hiesigen Festung erfahren haben und noch unangenehm empfinden, glauben wir Ew. Durchlaucht nicht befehlen zu sollen.

Der königliche Polizeipräsident. Der Magistrat.
gez. Standt. gez. Kobleis.
Die Handelskammer:
gez. Bernhard Jaffe. gez. Annuf.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
In Vertretung: Oskar Elsner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

München, 1. August. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Deutschland sind heute Vormittag zum Besuch der Ausstellung hier eingetroffen.

Gastein, 31. Juli, Abends. Se. Majestät der Kaiser nahm heute das Diner in Bockstein ein. — Der deutsche Botschafter in Wien, Graf zu Stolberg-Wernigerode, ist hier eingetroffen.

Wien, 1. August. Die „Politische Korrespondenz“ meldet als Neuestes aus Zara: Muthar Pascha, leicht verwundet, zog sich von Bilek nach Trebinje zurück und dort erwartete er 1000 Boschiobuzs. Die Montenegroer griffen gestern Bilek an, weshalb Muthar mit allen Truppen neuerdings dorthin abrückte. Der Kampf bei Bilek war unentschieden und dauerte noch heute Vormittags fort. In Trebinje sind auf Befehl der Behörde sämtliche Kaufhäuser geschlossen worden. Man scheint dort auf das Äußerste gefaßt zu sein. (Wiederholt.)

Versailles, 31. Juli. Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Beratung über den gesamten Unterrichtsetat beendet und wird morgen in die Diskussion des Militäretats eintreten. — Der Senat hat heute zwei Nachtragskredite für das Jahr 1875 zum Militäretat und zum Etat des Ministeriums des Innern angenommen. Das linke Centrum im Senat hat dem Konseilpräsidenten Dufaure die Kandidatur zum künftigen Mitgliede des Senates an Stelle Cassimir Perier's angeboten.

London, 31. Juli. Dem „Neuer'schen Bureau“ wird aus Semlin unter dem heutigen Datum gemeldet: Gerüchweise verlautet, daß die Türken ein bei Pandiralo stehendes serbisches Detachement geschlagen hätten und sich auf dem Vormarsche gegen Kujasebag befänden. — Die ägyptischen Truppen in der Stärke von 3 Regimentern Infanterie, 1 Regiment Kavallerie und 2 Batterien sind gegen Mitroviza dirigirt. Aus Saisibar liegen keine neueren Nachrichten vor. Die Serben haben Sieniga eingeschlossen. — Im Unterhause erklärte auf eine Anfrage Anderson's der Unterstaatssekretair Bourke, er habe noch keine offizielle Mittheilung über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Amerika erhalten, durch welchen die Eingangszölle in Amerika für den Import französischer Waaren verabfolgt werden sollen. Er halte es nicht für wahrscheinlich, daß der Kongreß die Absicht habe, einen derartigen Vertrag abzuschließen. — Auf eine weitere Anfrage Forster's erklärte Bourke, der Großvezier habe die Nachricht, nach welcher die türkische Regierung beabsichtigen sollte, die an Griechenland grenzenden Provinzen mit Eskeressen zu kolonisiren formell für unbedenklich erklärt. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung erwiderte der Unterstaatssekretair Poulter auf eine Anfrage Wilmo's, er sei nicht davon unterrichtet, daß ein Angriff auf die Hauptstadt von Dahomey beabsichtigt sei.

London, 1. August. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses, in welcher die Orientfrage mit dem Antrag Bruce ebenfalls zur Verhandlung stand, brachte Forsyth einen Unterantrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, Schritte zu thun, um wirksame Garantien zur Sicherstellung einer guten Verwaltung in den slavischen Provinzen der Türkei zu erlangen.

Gladstone unterstützte den Antrag Forsyth's und hob weiter hervor, daß man im Krimkrieg und seinen Ergebnissen nach Mitteln zur Lösung der Schwierigkeiten suchen müsse. In Folge des Krimkrieges habe England das Recht zur Intervention und zu moralischen Demonstrationen erlangt. Rußland habe aufgehört, die Stellung eines Vertheidigers der Christen im Orient einzunehmen und werde seine Aufmerksamkeit dem Frieden und dem Fortschritte zu. Eine Wiederherstellung der früheren Suprematie der Pforte komme nicht in Frage, außer wenn dieselbe in einer weniger absoluten Form aufrecht erhalten werden könne. Gladstone sprach sich ferner tadelnd darüber aus, daß sich die Regierung die Gelegenheit zur Ergreifung der Initiative betreffs einer Kollektiv-Intervention habe entgehen lassen und daß dieselbe irrthümliche Ansichten über die Gründe habe aufkommen lassen, die zur Entsendung der englischen Flotte nach der Bessa-Bai und zur Ablehnung des Berliner Memorandums Veranlassung gegeben hätten. Zum Schluß betonte Gladstone, daß man das Einverständnis der europ. Mächte wieder herzustellen suchen müsse. Disraeli sprach zunächst sein Bedauern darüber aus, daß der Antrag nicht in prägnanten Worten ausgedrückt sei, sondern zum Ministerium oder einem Tadel desselben ausgedrückt sei und erklärte dann im Einzelnen: Nach dem Berichte des Konseils Baring sei die Nachricht, daß 40 bulgarische Mädchen von den Türken gemordet worden seien, unbegründet. Was die Note des Grafen Andrassy anbelange, so habe England f. B. geäußert, dieselbe zu akzeptiren, weil die Regierung von der Ansicht ausgegangen sei, daß wenn irgend möglich, der status quo in der Türkei aufrecht erhalten werden müsse. Aber als man gefunden habe, daß die Note fast nicht einmal über die von der Türkei selbst vorher gemachten Versprechungen hinausgehe und als die Türkei selbst die englische Regierung aufgefordert habe, die Note Andrassy's zu akzeptiren, habe die englische Regierung dieselbe angenommen, um im Einverständnis mit den übrigen Mächten zu handeln. England sei anfangs isolirt gewesen, weil es das Prinzip der Nichtintervention adoptirt habe, England stehe aber nicht mehr isolirt, indem auch die übrigen 5 Mächte dieses Prinzip angenommen hätten. Das Berliner Memorandum schließe mit einem Ultimatum, dahin gehend, daß, wenn die in demselben ausgeführten Bedingungen nicht erfüllt werden sollten, vollständig abweichende Maßregeln getroffen werden würden. Eine Nichterfüllung der Zusicherungen, die die Türkei zu geben bereit war, würde eine Okkupation zur Folge gehabt haben und hierdurch würde der Krieg herbeigeführt worden sein. Was die Absendung der englischen Flotte in die türkischen Gewässer betreffe, so sei dieselbe nicht in drohender Absicht, sondern zum Schutze wichtiger Interessen Englands geschoben. Disraeli gestand ferner zu, daß Rußland und Oesterreich von Anfang an bemüht gewesen seien, die Unruhen in der Türkei zu besänftigen. Der Krieg in der Türkei sei in Folge von Mächten geheimen Gesellschaften und revolutionärer Komitees zum Ausbruch gekommen. Bis jetzt habe er keinen Grund finden können, der England zu einer Intervention Anlaß gebe, wenn aber die Gelegenheit dazu gekommen sei, werde England bereit sein, an einer Paktifikation der slavischen Provinzen theilzunehmen.

Nachdem noch der Führer der Opposition, Lord Hartington, das Verhalten der Regierung einer Kritik unterzogen hatte, wurde der Antrag Bruce's und der Unterantrag Forsyth's zurückgezogen.

Bukarest, 1. August. Die Deputirtenkammer beschloß in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Antrag, die früheren Minister

in den Anklagezustand zu versetzen, in Betracht zu ziehen. Auf einen weiteren Antrag des Deputirten Joneacu versprach der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die diplomatische Korrespondenz bezüglich der Aufrechterhaltung der Neutralität Rumäniens vorzulegen. Seitens der Regierung wurde im Verlaufe der Sitzung dem Hause mitgetheilt, daß die rumänische Regierung mit Einwilligung der türkischen Regierung einer rumänischen Ambulanz des rothen Kreuzes den Uebertritt nach Serbien gestattet habe.

Versailles, 1. August. Die Deputirtenkammer beriet über den vom Kriegsminister geforderten Supplementarkredit von 32 Millionen. Die Budgetkommission hatte es gemüthlich, daß der Sold gewisser Corps vom Kriegsminister ohne vorgängige Genehmigung der Kammer erhöht worden. Nachdem der Kriegsminister sich mit dem Prinzip der Kommission, daß ohne vorherige Genehmigung der Kammer keine Ausgabe gemacht werden dürfe, einverstanden erklärt hatte, nahm die Budgetkommission die von ihr gemachten Abstriche theilweise zurück. Schließlich wurde der Kredit einstimmig bewilligt. — Die Linke konstituirte sogenannte Wachsamkeitskomite's (Comité de vigilance), bestimmt für die Dauer der Parlamentsferien die frühere Permanenzkommission zu ersetzen. Die Deputirtenkammer begann die Beratung des Kriegsbudgets, indem Leon Renault in längerer Rede die von der Budgetkommission beantragten Abstriche bekämpfte. Donnerstag erfolgt die Fortsetzung der Beratung.

Paris, 1. August. Eine Sabas-Meldung aus Ragusa vom 1. d. bestätigt, daß Muthar Pascha mit seiner wieder zusammengezogenen Truppenmacht nach Bilek marschirt ist, wo er einen Angriff erwartet. Die Türken ermordeten in Majdam (Bosnien) mehrere hundert Christen und zündeten die umliegenden Ortschaften an. 5000 Türken griffen bei Kamengrad die Insurgenten an, letztere unterlagen nach dreitägigem Kampfe. Die Türken zündeten das Dorf Trubar an, die Einwohner flüchteten sich auf österreichisches Gebiet.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 1. August. Still. Kurse im Allgemeinen etwas matter.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 87. Pariser Wechsel 81, 12. Wiener Wechsel 162, 40. Böhmische Westbahn 148 1/2. Elisabethsbahn 123 1/2. Galizier 161 1/2. Franzosen* 220 1/2. Lombarden* 60—. Nordwestbahn 103 1/2. Silberrente 55 1/2. Papierrente 53—. Russ. Bodenkredit 85 1/2. Russen 1872 91 1/2. Amerikaner 1885 102 1/2. 1860er Loose 98 1/2. 1864er Loose 252, 00. Kreditaktien* 114 1/2. Oester. Nationalbank 693, 00. Darmst. Bank 103 1/2. Berliner Bankverein 83—. Frankfurter Wechselbank 81 1/2. Oester. Bank 91 1/2. Meiningen Bank 76 1/2. Hess. Ludwigsbahn 99 1/2. Oberbessen 73 1/2. Ung. Staatsloose 143, 00. Ung. Schatzam. alt 83 1/2. do. do. neue 81 1/2. do. Ost.-Obl. II. 56 1/2. Centr.-Pacific 95 1/2. Reichsbank 155 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 113 1/2, Franzosen 220 1/2, Lombarden 60—, Galizier —, Silberrente —, Papierrente —.

Wien, 1. August. Spekulationswerthe stark rückgängig, Bahnen und Renten matt, Devisen sehr fleißig.

[Schlußkurse.] Papierrente 65, 40. Silberrente 68, 90. 1854er Loose 107, 00. Nationalbank 856, 00. Nordbahn 1800. Kreditaktien 140, 50. Franzosen 271, 00. Galizier 197, 50. Russ. Oberb. 87, 50. Bardubitzer —, Nordwestb. 128, 00. Nordwestb. Lit. B. —, London 126, 50. Hamburg 61, 10. Paris 49, 75. Frankfurt 61, 10. Amsterdam 104, 25. Böhm. Westbahn —, Kreditloose 155, 50. 1860er Loose 111, 50. Lomb. Eisenb. 74, 25. 1864er Loose 130, 50. Unionbank 58, 00. Anglo-Austr. 72, 00. Napoleons 9, 99 1/2. Dufaten 5, 93. Silbercoup. 101, 50. Elisabethsbahn 153, 00. Ungar. Präm. 71, 20. D. R. Schnt. 61, 80.

Türkische Loose 15, 75.
Nachbörse: Kreditaktien 140, 60, Franzosen —, Lombarden 75, 00, Hamburg 61, 30, Amsterdam —, London 126, 30, Paris 49, 85, Napoleons 10, 02. Deutsche Reichsbanknoten 61, 85.

Produkten-Course.

Köln, 1. August, Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 21, 00, fremder loco 22, 00, per Nov. 19, 80, per März 20, 25. Roggen, hiesiger loco 16, 00, per Nov. 14, 80, per März 15, 25. Hafer loco 18, 50, per Nov. 15, 00. Rübsöl loco 35, 00, per Oktober 34, 10, per Mai 34, 50.

Hamburg, 1. August, Nachm. Getreidemarkt. Weizen loco auf Termine fest. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen pr. August 189 Br., 188 Gd., pr. Oktober-November pr. 1000 Kilo 195 Br., 194 Gd. — Roggen pr. Aug. 146 Br., 145 Gd., pr. Oktbr. Nov. pr. 1000 Kilo 150— Br., 149— Gd. Hafer rubig. Gerste geschäftslos. Rübsöl still, loco 65—, pr. Oktober pr. 200 Bpd. 64. Spiritus still, pr. August 36 1/2, pr. September-Okt. 36 1/2, pr. Oktober-November 37, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 Gd. 39—. — Kaffee rubig, Umaz 4000 Sack. — Petroleum rub., Standard white loco 14, 80 Br., 14, 60 Gd., pr. August 14, 50 Gd., pr. Septbr.-Dezember 14, 90 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 1. August, Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht) Standard white loco 14, 70 bez., pr. Septbr. 14, 90 bez., pr. Oktober 15, 10, pr. November-Dezember —, Unverändert.

Amsterdam, 1. August. Getreidemarkt (Schlußbericht) Weizen loco geschäftslos, auf Termine niedr., pr. November Roggen loco unverändert, auf Termine matt, pr. Oktober 184—. — Kaps pr. Herbst — fl. Rübsöl loco —, pr. Herbst —, pr. Mai —, Wetter: —.

Antwerpen, 1. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen unverändert Roggen unverändert. Hafer —. Gerste beh. — Petroleummarkt (Schlußbericht) Raffinirtes, Type weiß, loco 35 1/2 bez. u. Br., pr. August 35 1/2 bz. u. Br. pr. September 35 1/2 Br., pr. September-Dezember 35 1/2 Br. pr. Oktober-Dezember 35 1/2 Br. Rubia.

Paris, 1. August. Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen fest, pr. August 26, 00, pr. September-Oktober 26, 75, pr. September-Dezbr. 27, 25, pr. November-Februar 25, 75, Wehl fest, und belebt, pr. August —, pr. September-Oktober 59, 75, pr. September-Dezbr. 60, 00, pr. Novbr.-Februar 60, 50. Rübsöl steigend, pr. August 77, 75, pr. Septbr. 78, 25, pr. Sept.-Dez. 79, 25, pr. Januar-April 80, 50. Spiritus rubig, pr. August 44, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 45, 50.

Giverny, 1. August, Nachmittags. Baumwoll. (Schlußbericht). Amerikaner 13,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Fest. Umfänger und Surats auf Zeit billiger.

Middl. Orleans 6 1/2, middl. amerikanische 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4, good middl. Dhollerah 3 1/2, middling Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 3, good fair Broad 4 1/2, new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4, fair Bernam 6—, fair Smyrna 5—, fair Egyptian 5 1/2.

Manchester, 1. August. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 30r Water Micholls 9—, 30r Water Gidlow 9 1/2, 30r Water Clanton 10 1/2, 40r Mule Mayall 9 1/2, 40r Medio Wilson 11 1/2, 36r Barncops Qualität Rowland 10, 40r Double Weston 11—, 60r Double Weston 14 1/2, Printers 1 1/2 3/4 8 1/2 pfd. 99. Preise steigend.

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (F. Köstel) in Bosen.